

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 24. Mai 1963

Nummer 21

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

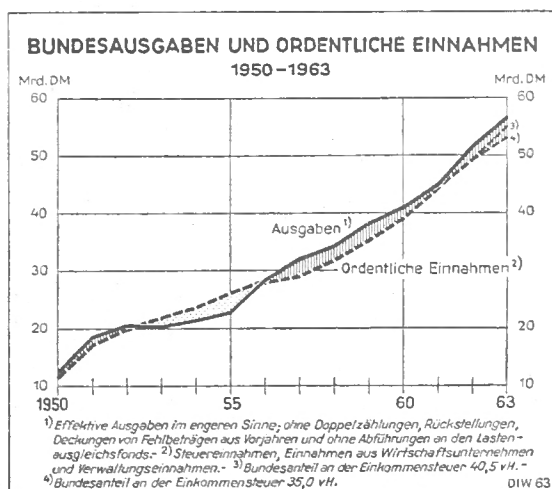
## Der Bundeshaushalt 1963

In diesem Jahr ließ die Verabschiedung des Bundesetats etwas länger auf sich warten als 1962. Der Bundestag hat erst vor wenigen Tagen den Haushaltsplan beschlossen, die Zustimmung des Bundesrates steht noch aus. Dennoch wird man wohl spätestens zu dieser Zeit des Jahres versuchen müssen, die von Struktur und Größe des Budgets ausgehenden volkswirtschaftlichen Wirkungen abzuschätzen. Zwar ist die Verteilung des Aufkommens an Einkommensteuern auf Bund und Länder noch nicht entschieden. Der deswegen verbleibende Unsicherheitspielraum ist jedoch weit geringer als die 2 Mrd. DM, die in den Übersichten über die Bundeseinnahmen im allgemeinen und über das Steueraufkommen im besonderen hierfür ausgewiesen werden, da mit der Bewilligung von Zuweisungen an den Bundeshaushalt im Jahre 1962 — dem sogenannten Länderbeitrag von rund 1 Mrd. DM — in gewissem Sinne bereits eine Vorentscheidung für 1963 gefallen ist. Die „echte“ Differenz von 1 Mrd. DM hat in Anbetracht der nicht geringen Freiheiten bei der Fixierung der effektiven Anleiheaufnahme wenig Bedeutung.

Die Ausgaben für 1963 werden jedenfalls vom Ausgang des Ringens um die Steuerverteilung kaum berührt werden; dies gilt allerdings nur für dieses Jahr, da das Ausmaß der Neuverschuldung im Jahre 1963 auf die Bewilligungen für 1964 nicht ohne Einfluß bleiben wird. Die starke Abhängigkeit der Ausgaben von der Entwicklung der ordentlichen Einnahmen steht zwar der an sich erwünschten größeren konjunkturpolitischen Beweglichkeit entgegen, ist aber anscheinend für den deutschen Bundeshaushalt zur Gewohnheit geworden. Nach wie vor gilt es als Vorzug, die Mittel für öffentliche Investitionen und für die öffentliche Finanzierung der Investitionen Dritter aus dem Steueraufkommen zu gewinnen, wird es also im allgemeinen für den Bundesfiskus für „gut“ gehalten, Selbstfinanzierung zu betreiben und für „schlecht“, den Kapitalmarkt „zu belasten“. Fließen umgekehrt die Einnahmen reichlicher, wirken sich die entsprechenden Vorstellungen und politischen Mechanismen in kräftigen Ausgaben-

erhöhungen aus. Dieses Grundprinzip der Dominanz der Einnahmenentwicklung kann sich nun in verschiedenen Formen durchsetzen: Nicht immer ist es für die nachträgliche Erhöhung von Ausgabeansätzen nötig, auf Einnahmenreserven zurückgreifen zu können; reichlich bemessene Ausgabeansätze bei anderen Titeln erfüllen den gleichen Zweck. So war es 1962 möglich, in einem erst im Dezember beschlossenen Nachtragsetat 0,4 Mrd. DM für zusätzliche Ausgaben zu bewilligen; obwohl die Steuereinnahmen um 0,5 Mrd. DM unter dem Ansatz geblieben waren, konnte die Brutto-Verschuldung (Anleiheaufnahme zuzüglich „Ausgaben-Mehr“) sogar noch erheblich — zufälligerweise nochmals 0,5 Mrd. DM — unter dem Voranschlag gehalten werden. Diese Mobilisierung von Ausgabenreserven hat zusammen mit der raschen Zunahme einiger durchlaufender Posten im Verteidigungshaushalt zu der expansiven Wirkung des Bundesetats im vergangenen Jahr beigetragen.

Die Gesamtsumme der Ausgaben (einschließlich der Weiterleitung der Lastenausgleichsabgaben) erreichte 1962 einen Betrag von rd. 53,9 Mrd. DM, das sind 15 vH mehr als im Vorjahr. Durch diesen Abschluß scheint der Ausgabenansatz im Haus-



Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik 1)

1960 bis 1963

	Steueraufkommen in Mill. DM				Zuwachs gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in vH			
	1960	1961	1962	1963 2)	1960 3)	1961	1962	1963 2)
Lohnsteuer . . . . .	8 102	10 453	12 315	13 850	36,1	29,0	17,8	12,5
Veranlagte Einkommensteuer . . . . .	8 963	10 817	12 218	13 100	21,4	20,7	13,0	7,2
Kapitalertragsteuer . . . . .	846	980	1 131	1 200	1,4	15,8	15,3	6,1
Körperschaftsteuer . . . . .	6 510	7 473	7 790	8 050	25,7	14,8	4,2	3,3
<b>Einkommen- und Körperschaftsteuer, gesamt . . . . .</b>	<b>24 421</b>	<b>29 723</b>	<b>33 454</b>	<b>36 200</b>	<b>26,2</b>	<b>21,7</b>	<b>12,6</b>	<b>8,2</b>
Umsatzsteuer . . . . .	14 829	16 422	17 525	18 500	11,2	10,7	6,7	5,6
Umsatzausgleichsteuer 4). . . . .	1 254	1 384	1 627	1 800	19,2	10,4	17,6	10,6
Beförderungsteuer . . . . .	769	804	826	860	8,8	4,6	2,7	4,1
Zölle 4). . . . .	2 630	2 990	3 313	3 400	16,1	13,7	10,8	2,6
Tabaksteuer . . . . .	3 537	3 892	4 205	4 300	7,6	10,0	8,0	2,3
Kaffeesteuer . . . . .	689	745	767	815	11,8	8,1	2,9	6,3
Branntweinmonopol . . . . .	1 024	1 097	1 222	1 350	10,6	7,1	11,4	10,5
Mineralölsteuer 5). . . . .	2 664	3 325	3 699	4 100	23,1	24,8	11,2	10,8
Sonstige Bundessteuern 6). . . . .	429	438	448	450	—18,1	2,1	2,3	0,4
<b>Bundessteuern, gesamt . . . . .</b>	<b>27 825</b>	<b>31 097</b>	<b>33 632</b>	<b>35 575</b>	<b>11,8</b>	<b>11,8</b>	<b>8,2</b>	<b>5,8</b>
Bundesanteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer . . . . .	8 548	10 403	11 709	10) 14 660 11) 12 670	26,2	21,7	12,6	10) 25,2 11) 8,2
<b>Steuereinnahmen des Bundes, gesamt 4) . . . . .</b>	<b>36 378</b>	<b>41 500</b>	<b>45 341</b>	<b>10) 50 235 11) 48 245</b>	<b>14,9</b>	<b>14,1</b>	<b>9,3</b>	<b>10) 10,8 11) 6,4</b>
Vermögensteuer . . . . .	1 100	1 419	1 798	1 650	— 3,2	29,0	26,8	—8,2
Kraftfahrzeugsteuer . . . . .	1 475	1 678	1 888	2 075	19,1	13,8	12,5	9,9
Biersteuer . . . . .	700	763	820	870	5,5	9,0	7,5	6,1
Sonstige Ländersteuern 7). . . . .	1 248	1 353	1 476	1 520	15,3	8,4	9,1	3,0
<b>Ländersteuern, gesamt . . . . .</b>	<b>4 523</b>	<b>5 213</b>	<b>5 982</b>	<b>6 115</b>	<b>9,8</b>	<b>15,3</b>	<b>14,8</b>	<b>2,2</b>
Länderanteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer . . . . .	15 873	19 320	21 745	10) 21 540 11) 23 530	26,2	21,7	12,6	10) —0,9 11) 8,2
<b>Steuereinnahmen der Länder, gesamt . . . . .</b>	<b>20 396</b>	<b>24 533</b>	<b>27 727</b>	<b>10) 27 655 11) 29 645</b>	<b>22,1</b>	<b>20,3</b>	<b>13,0</b>	<b>10) —0,3 11) 6,9</b>
Grundsteuer . . . . .	1 631	1 719	1 862	2 000	1,2	5,4	8,3	7,4
Gewerbesteuer . . . . .	6 780	7 430	7 987	8 400	14,3	9,6	7,5	5,2
Lohnsummensteuer . . . . .	653	717	783	825	8,3	9,8	9,2	5,4
Sonstige Gemeindesteuern 8). . . . .	572	605	589	580	5,2	5,8	— 2,6	—1,5
<b>Gemeindesteuern, gesamt . . . . .</b>	<b>9 636</b>	<b>10 471</b>	<b>11 221</b>	<b>11 805</b>	<b>10,9</b>	<b>8,7</b>	<b>7,2</b>	<b>5,2</b>
<b>Sonderabgaben, gesamt 9). . . . .</b>	<b>2 043</b>	<b>2 024</b>	<b>2 093</b>	<b>1 750</b>	<b>—20,2</b>	<b>— 0,9</b>	<b>3,4</b>	<b>—16,4</b>
<b>Steuereinnahmen, insgesamt . . . . .</b>	<b>68 448</b>	<b>78 528</b>	<b>86 382</b>	<b>91 445</b>	<b>14,8</b>	<b>14,7</b>	<b>10,0</b>	<b>5,9</b>

1) Ohne West-Berlin. — 2) Schätzung des DIW. — 3) Ohne Saarland. — 4) Ohne Bucheinnahmen aus der Einfuhr von Rüstungsgütern. — 5) Einschließlich Heizölsteuer. — 6) Notoper Berlin, Teesteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer, Schaumweinsteuer, Essigsäuresteuer, Zündwarensteuer, Zündwarenmonopol, Leuchtmittelsteuer, Spielkartensteuer, Sulfostoffsteuer. — 7) Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Wechselsteuer, Feuerschutzsteuer. — 8) Vergnügungssteuer, Zuschläge zur Grunderwerbsteuer, Getränkesteuer. — 9) Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe, Kreditgewinnabgabe, Kohlenabgabe. — 10) Bundesanteil 40,5 vH; Länderanteil 59,5 vH. — 11) Bundesanteil 35 vH; Länderanteil 65 vH.

haltsplan von 53,4 Mrd. DM um 0,5 Mrd. DM überzogen worden zu sein, eine Aussage, die jedoch nur bedingt richtig ist, da formal selbst mit Einschluß des bereits erwähnten Nachtragsetats der gesamte Ausgabenansatz von 53,4 Mrd. DM nicht erreicht wurde. Eine Milliarde DM der tatsächlich vorgenommenen Ausgaben entfiel nämlich allein auf zusätzliche, vorwiegend im Auftrag der NATO abgewickelte Transaktionen im Verteidigungsetat, denen zusätzliche Verwaltungseinnahmen gegenüberstanden und die auch in den betreffenden Titeln als durchlaufend charakterisiert werden.

Demgemäß hat es also in anderen Ausgabenpositionen erhebliche Unterschreitungen der Ansätze gegeben. Diese waren besonders stark mit 0,4 Mrd. DM beim Schuldendienst, einem recht manipulierfähigen Ausgabenkomplex, sowie — mit 0,5 Mrd. DM — bei der Masse der unter dem Begriff „sonstige Ausgaben“ rubrizierten kleineren Titel. Die restliche „Einsparung“ verteilte

sich über alle Ausgabengruppen mit Ausnahme der Verteidigungslasten, des Straßenbaus und des Wasserbaus.

Für das Jahr 1963 sind die Haushaltsansätze um 8 vH, also nicht mehr so stark wie im Vorjahr erhöht worden. Die Wandlung der Ausgabenstruktur zugunsten der Verteidigungslasten hält jedoch weiter an. In diesem Bereich wurde das Ausgaben-Soll um 21 vH oder 3,3 Mrd. DM, in allen anderen Bereichen zusammengenommen nur um 3 vH oder 1,0 Mrd. DM erhöht. Selbstverständlich verbergen sich hinter der letztgenannten Durchschnittsbildung sehr unterschiedliche Bewegungen bei den einzelnen Ausgabengruppen. Um nur die wichtigsten Veränderungen zu nennen: Für den „Grünen Plan“ (+ 0,3 Mrd. DM), die Entwicklungshilfe (+ 0,4 Mrd. DM), für Bundesfernstraßen (+ 0,2 Mrd. DM) und die „sonstigen Ausgaben“ (+ 0,7 Mrd. DM) wurden die vorgesehenen Aufwendungen erhöht, für den Wohnungsbau um 0,2 Mrd. DM gesenkt; die an den

Lastenausgleichsfonds weiterzuleitenden Mittel sind ebenfalls niedriger veranschlagt worden als 1962 (— 0,3 Mrd. DM).

Zur Deckung des zusätzlichen Ausgabe-Solls von 4,3 Mrd. DM ist für die Einnahmen aus Steuern und Lastenausgleichsabgaben (einschließlich des „Länderbeitrags“) eine Erhöhung um 3,2 Mrd. DM eingesetzt worden. Die Deckung des Restes ergibt sich aus höheren Ansätzen für Verwaltungseinnahmen und für den Anleihebedarf.

Vom Ausgang der Auseinandersetzung über die Aufteilung der Einkommensteuer einmal abgesehen, läßt sich generell sagen, daß die Steuereinnahmen diesmal realistisch eingeschätzt worden sind. Die Zunahme des gesamten Steueraufkommens wird sich weiter verlangsamen (+ 5,9 vH); erstmals seit 1958 wird sie daher die Zuwachsrate des Sozialprodukts (+ 6,5 vH) nicht mehr übersteigen. Diese Abschwächung wird sich auf fast alle Steuerarten erstrecken; besonders werden aber die in den letzten Jahren sehr stark

gestiegenen Einkommensteuern von ihr erfaßt werden, für die Vermögensteuer ist sogar mit einem Rückgang zu rechnen. Dies würde bei Fortdauer der bisherigen Verteilungsprinzipien dazu führen, daß im Jahre 1963 die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften nicht mehr divergierend, sondern in annähernd dem gleichen Tempo wachsen (Bund: + 6,4 vH; Länder: + 6,9 vH; Gemeinden: + 5,2 vH).

Die Verwaltungseinnahmen sind dagegen wiederum auffällig niedrig veranschlagt worden. Wie in den Vorjahren sind auch für 1963 mit Sicherheit erheblich höhere Beträge zu erwarten. Diese Mehreinnahmen werden aber — wie bereits erwähnt —, zumindest soweit sie dem Verteidigungsetat zufließen, zusätzliche Ausgaben nach sich ziehen. Dementsprechend werden 1963 die Verteidigungsausgaben wiederum erheblich über den Ansätzen liegen. Ferner ist anzunehmen, daß die Aufwendungen für soziale Sicherung auf Grund von Nachbewilligungen die Ansätze über-

Die Haushaltseinnahmen und -ausgaben <sup>1)</sup> des Bundes nach Sachgebieten  
Mill. DM

	1961				1962				1963
	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	Jahr
	Soll	Ist			Soll	Ist			Soll <sup>2)</sup>
<b>Einnahmen</b>									
1. Steuern . . . . .	41 107	19 837	21 847	41 684	45 908	21 516	24 025	45 541	50 482
A. Bundessteuern . . . . .									
a) Umsatzsteuer . . . . .	16 200	7 979	8 444	16 423	17 800	8 389	9 136	17 525	18 700
b) Sonst. Verbrauchsteuern <sup>3)</sup> . . . . .	14 442	6 932	7 944	14 876	16 026	7 462	8 835	16 297	17 000
B. Bundesanteil a. d. Einkommen- und Körperschaftsteuer . . . . .	10 465	4 926	5 459	10 385	12 082	5 665	6 054	11 719	14 782
2. Beiträge der Länder . . . . .	—	—	—	—	1 050	—	950	950	—
3. Wirtschaftsunternehmen u. Münzwesen . . . . .	595	291	284	575	726	340	265	605	652
a) Ablieferungen der Deutschen Bundespost . . . . .	368	200	203	403	425	208	216	424	470
b) Anteil am Reingewinn der Deutschen Bundesbank . . . . .	60	42	52	94	50	75	—	75	70
c) Sonstiges . . . . .	167	49	29	78	251	57	49	106	112
4. Verwaltungs- u. andere Einnahmen . . . . .	1 469	852	1 485	2 337	1 863	1 629	1 780	3 409	2 652
a) Verteidigung . . . . .	118	82	541	633	233	566	659	1 225	·
b) Sozialleistungen . . . . .	52	24	42	66	54	32	39	71	·
c) Abschöpfung v. Preisunterschieden bei Lebensmitteleinführen . . . . .	400	176	194	370	400	394	318	712	1 010
d) Bundesvermögens- und Bauverwaltung . . . . .	186	109	135	244	228	120	138	258	·
e) Sonst. Einnahmen . . . . .	713	451	573	1 024	953	517	626	1 143	·
5. Anleihen und Schulbuchverpflichtungen . . . . .	1 531	—	62	62	1 802	—	924	924	2 215
6. Lastenausgleichsabgaben . . . . .	1 940	1 010	1 014	2 024	2 040	1 165	928	2 093	1 735
Einnahmen, insgesamt . . . . .	46 642	21 990	24 692	46 682	53 394	24 650	28 872	53 522	57 736
<b>Ausgaben</b>									
1. Verteidigungslasten . . . . .	11 738	5 150	7 751	12 901	15 605	7 252	9 998	17 250	18 927
2. Ziv. Notstandsplang., Bevölkersg.- u. Luftschutz . . . . .	707	123	273	396	786	211	403	614	773
3. Sozialleistungen . . . . .	14 344	7 394	6 474	13 868	14 649	8 151	6 360	14 511	14 684
4. Bundeshilfe für Berlin . . . . .	1 107	525	617	1 142	1 703	847	813	1 660	1 793
5. Subventionen und Vorratshaltung . . . . .	966	488	371	859	895	292	556	848	873
6. Wohnungsbau und Siedlung . . . . .	1 852	753	1 006	1 759	1 911	690	1 022	1 712	1 664
7. Bundesbahn . . . . .	931	333	534	867	1 115	582	527	1 109	1 045
8. „Grüner Plan“ . . . . .	1 550	524	966	1 490	2 172	395	1 532	1 927	2 500
9. Schuldendienst . . . . .	1 864	1 024	655	1 679	1 835	799	611	1 410	1 798
10. Ersatzleistungen und Entschädigungen . . . . .	2 299	986	1 161	2 147	2 351	1 301	870	2 171	2 275
11. Entwicklungshilfe . . . . .	85	46	40	86	376	85	228	313	789
12. Versorgungsbezüge . . . . .	251	141	102	243	360	182	150	332	419
13. Bundes-Finanz-, Vermögens- u. Bauverwaltung . . . . .	689	416	288	704	770	442	278	720	759
14. Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung . . . . .	392	166	246	412	438	194	261	455	441
15. Bundesfernstraßen . . . . .	2 132	584	1 256	1 840	2 192	752	1 635	2 387	2 372
16. Sonstige Ausgaben . . . . .	4 320	1 682	2 744	4 426	4 932	1 474	2 947	4 421	5 639
17. Abzügliche Minderausgaben . . . . .	— 525	—	—	—	— 736	—	—	—	— 750
18. Abführungen an den Lastenausgleichsfonds . . . . .	1 940	1 010	1 014	2 024	2 040	1 165	928	2 093	1 735
Ausgaben, insgesamt . . . . .	46 642	21 345	25 498	46 843	53 394	24 814	29 119	53 933	57 736
Einnahme-Mehr (+), Ausgabe-Mehr (—) . . . . .	—	+ 645	— 806	— 161	—	— 164	— 247	— 411	—

<sup>1)</sup> Abgrenzung vgl. „Die Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes nach Sachgebieten“, Anlage Ic des Finanzberichts 1962, einschließlich der durchlaufenden Mittel des Lastenausgleichsfonds. — <sup>2)</sup> Revidierter Regierungsentwurf; Aufgliederung nach Sachgebieten vorläufig. — <sup>3)</sup> Einschließlich Bucheinnahmen aus der Einfuhr von Rüstungsgütern. — <sup>4)</sup> Zugrundegelegter Bundesanteil 40,5 vH.

**Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts<sup>1)</sup>**  
in Mrd DM

Einnahmen	Soll	Ist <sup>2)</sup>	Ausgaben	Soll	Ist
a) 1962					
Steuern und Abgaben . . . . .	47,9	47,6	Verteidigung <sup>8)</sup> . . . . .	16,4	17,9
Verwaltungseinnahmen <sup>4)</sup> . . . . .	2,6	4,0	Soziale Sicherung <sup>5)</sup> . . . . .	16,7	16,6
Beitrag der Länder . . . . .	1,1	1,0	Volkswirtschaftl. Investitionen <sup>6)</sup> . . . . .	6,5	6,5
Anleihen und Fehlbetrag . . . . .	1,8	1,3	Übrige Ausgaben . . . . .	13,8	12,9
Summe . . . . .	53,4	53,9	Summe . . . . .	53,4	53,9
			dar.: Inlandswirksame Kassenausgaben <sup>8)</sup>		49,1
b) 1963 (Ist-Zahlen: DIW-Schätzung)					
Steuern und Abgaben . . . . .	52,2	52,2-50,2 <sup>7)</sup>	Verteidigung <sup>8)</sup> . . . . .	19,7	20,8
Verwaltungseinnahmen <sup>4)</sup> . . . . .	3,8	4,7	Soziale Sicherung <sup>5)</sup> . . . . .	16,4	16,8
Anleihen und Fehlbetrag . . . . .	2,2	1,6-3,6 <sup>7)</sup>	Volkswirtschaftl. Investitionen <sup>6)</sup> . . . . .	6,5	6,5
			Übrige Ausgaben . . . . .	15,1	14,4
Summe . . . . .	57,7	58,5	Summe . . . . .	57,7	58,5
			dar.: Inlandswirksame Kassenausgaben		53,0
<sup>1)</sup> Gesamteinnahmen und -ausgaben; einschl. durchlaufender Mittel des Lastenausgleichs fonds. — <sup>2)</sup> Im Gegensatz zu den Soll-Ansätzen einschl. 0,2 Mrd. DM Bucheinahmen an Zöllen und Umsatzausgleichsteuer auf eingeführte Rüstungsgüter. — <sup>3)</sup> Einschl. zivile Notstandsplanung, Bevölkerungs- und Luftschutz. — <sup>4)</sup> Einschl. Wirtschaftsunternehmen und Münzwesen. — <sup>5)</sup> Einschl. Abführung an den Lastenausgleichs fonds. — <sup>6)</sup> Nach der Abgrenzung des BFM; ohne Beteiligungen und Zuweisungen an internationale Institutionen. <sup>7)</sup> Steueraufkommen und Anleihebedarf bei einer Obergrenze des Bundesanteils an der Einkommensteuer von 40,5 vH, bei einer Untergrenze von 35 vH. — <sup>8)</sup> „Ausgaben an inländische Empfänger“ der vierteljährlichen Bundesbankübersichten „zur kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts“.					

schreiten werden, wenn auch bei weitem nicht so stark wie die Verteidigungsausgaben. Die Mittel für Investitionen werden im ganzen gesehen in Soll und Ist identisch sein, bemerkenswerterweise aber selbst dem Nominalwert nach nicht über die Vorjahrszahlen hinausgehen. Bei der Summe der übrigen Ausgaben kann man weiterhin damit rechnen, daß das Soll unterschritten wird.

Insgesamt ist die Ausgaben summe auf 58,5 Mrd. DM zu schätzen, sie liegt damit nur um 8,5 vH über dem Vorjahrs-Ist (1962: + 15 vH); die Zuwachsrate der Inlandsausgaben dürfte etwa ebenso hoch sein. Der expansive Effekt der Bundesausgaben auf die Gesamtwirtschaft ist 1963 also erheblich geringer einzuschätzen als im Vorjahr, obwohl die kontraktiven Gefahrenmomente an anderen Stellen stärker geworden sind. Zwar wirkt die Ausgabenentwicklung des Bundes — und auch die der hier nicht behandelten anderen Gebietskörperschaften — nach wie vor der Wach-

tumsverlangsamung anderer Nachfragebereiche entgegen, trägt also zur konjunkturellen Stabilisierung bei, doch werden die öffentlichen Ausgaben nicht mehr wie 1962 in der Lage sein, die kontraktiven Kräfte zu überspielen. Die eingangs erwähnte Dominanz der Einnahmen- über die Ausgabenentwicklung bietet einer antizyklischen Finanzpolitik in Deutschland vorläufig wenig Raum. Zwar wird die vorgesehene Verschuldung nur in dem — unwahrscheinlichen — Fall voll eingegangen werden müssen, wenn der Bundesanteil an den Einkommensteuern nicht höher als auf 37 vH festgesetzt wird. Inwieweit aber der etwa verbleibende Spielraum sich in — möglicherweise auch von den konjunkturpolitisch verantwortlichen Instanzen im Laufe des Jahres als erwünscht empfundenen — Mehr-Ausgaben und investitionsfördernden Steuererleichterungen oder in einer niedrigeren Verschuldung niederschlagen wird, bleibt offen.

**Die sowjetische Landwirtschaft im Jahre 1963**

*Das Jahr 1963 stellt die sowjetische Landwirtschaft vor erhöhte Anforderungen. Allein die Tatsache, daß die sowjetische Bevölkerung jährlich um fast 1,8 vH (z. Zt. rund 3,6 Millionen Menschen) zunimmt, macht eine Steigerung der Agrarproduktion notwendig, um nur den erreichten Ernährungsstand aufrechtzuerhalten. Die Sowjetunion strebt aber nach einer ständigen, fühlbaren Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung mit dem Ziel, den Ernährungsstandard der führenden westlichen Industrieländer zu erreichen. Dazu wäre eine außerordentliche Steigerung der Produktion, vor allem in der Viehwirtschaft, erforderlich.*

Ohne Zweifel ist es der Sowjetunion in den Jahren nach Stalins Tod gelungen, die Stagnation der Landwirtschaft zu überwinden und vor allem in den Jahren 1953 bis 1958 bedeutende Fortschritte in der Produktionsleistung zu erzielen. Wie bedenklich der Rückstand der Agrarproduktion trotz Mechanisierung und Anwendung moder-

ner Anbaumethoden unter Stalin war, geht schon aus folgenden Angaben deutlich hervor: 1953, im Todesjahr Stalins, brachte die sowjetische Landwirtschaft eine Getreideernte von 82,5 Mill. t ein (bei einem Bevölkerungsstand von rund 190 Millionen), während 1913 in Rußland bei einer wesentlich kleineren Bevölkerung (von 158 Millionen)

bereits 86 Mill. t Getreide produziert worden waren.

Die entscheidenden Gründe für diesen Rückschlag waren die jahrzehntelange Vernachlässigung der Landwirtschaft durch die sowjetische Wirtschaftsführung, die Überbürokratisierung der Agrarverwaltung und das Fehlen materieller Anreize bei den Bauern.

Auch nach Stalins Tod behielt die Industrie ihre vorrangige Stellung in der sowjetischen Volkswirtschaft, aber die derzeitige Regierung — insbesondere Chruschtschow selbst — schenkt den Problemen der Landwirtschaft eine unvergleichlich größere Beachtung. Eine Reihe von Maßnahmen — vor allem die starke Steigerung der Investitionen in der Landwirtschaft, die Urbarmachung von Neuland in großem Ausmaß und die drastische Erhöhung der Preise für Pflichtlieferungen — führte zu Erfolgen und brachte der Volkswirtschaft endlich steigende landwirtschaftliche Erträge.

### Die pflanzliche Produktion

Die Getreideernte von 1962 war die größte in der sowjetischen Geschichte, sie übertraf erstmalig das Ergebnis des Rekorderntejahres 1958.

Zwar sind die Erträge auch in den letzten Jahren hinter den Erwartungen zurückgeblieben, dennoch kann die heutige Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Getreideerzeugnissen als ausreichend bezeichnet werden. Die Zunahme der Getreideproduktion seit 1953 ist sowohl auf die Erweiterung der Anbaufläche als auch auf die Steigerung der Flächenerträge zurückzuführen. Der Getreide-Hektarertrag konnte gegenüber 1953 um 38 vH erhöht werden, er liegt jedoch mit 10,8 dz (1962) noch weit unter dem Hektarertrag west- und mitteleuropäischer Länder und bleibt auch um 40 vH hinter dem durchschnittlichen Getreideertrag Polens zurück.

Die Kartoffel- und besonders die Gemüseernte reicht für den Bedarf des Landes nach wie vor nicht aus. Wie gering hier die Leistung der Kolchose und Sowchose ist, zeigt die Tatsache, daß die privaten Nebengewirtschaften von Kolchosbauern und sonstigen Besitzern von Landparzellen (nur rund 3 vH der gesamten Anbaufläche) fast die Hälfte der mit Kartoffeln und Gemüse bebauten Fläche stellen. Die Versorgung der Bevölkerung wird jedoch auch durch die mangelhafte Organisation der Verteilung — vor allem des Transportes und der Lagerhaltung — beeinträchtigt.

Die pflanzliche Produktion

	Einheit	1913	1953	1958	1959	1960	1961	1962	1962	
									in vH von	
									1913	1953
<b>Getreide</b>										
Anbaufläche . . . .	Mill. ha	104,6	106,7	125,2	119,7	121,7	128,3	135,9	129,9	127,4
Gesamtertrag . . . .	Mill. t	86,0	82,5	141,2	125,9	134,4	138,0	147,5	171,5	178,8
Hektarertrag . . . .	dz	8,2	7,8	11,3	10,5	11,0	10,8	10,8	131,7	138,5
Ertrag je Einwohner	kg	540,2	434,2	676,9	593,0	621,4	628,1	660,5	122,3	152,1
<b>Zuckerrüben</b>										
Anbaufläche . . . .	Mill. ha	0,68	1,57	2,50	2,75	3,04	3,12	3,12	458,8	198,7
Gesamtertrag . . . .	Mill. t	11,3	23,2	54,4	43,9	57,7	50,9	46,7	413,3	201,8
Hektarertrag . . . .	dz	168	148	218	159	191	164	150	89,3	101,4
Ertrag je Einwohner	kg	71,0	122,1	260,8	206,8	266,8	231,7	209,1	294,5	171,2
<b>Kartoffeln</b>										
Anbaufläche . . . .	Mill. ha	4,2	8,3	9,5	9,5	9,1	8,9	8,9	211,9	107,2
Gesamtertrag . . . .	Mill. t	31,9	72,6	86,5	86,6	84,4	84,3	68,8	215,7	94,8
Hektarertrag . . . .	dz	76	87	91	91	92	95	77	101,3	88,5
Ertrag je Einwohner	kg	200,4	382,1	414,7	407,9	390,2	383,4	308,1	153,7	80,6

<sup>1)</sup> Geschätzt. — Quellen: Narodnoe Chosjajstwo SSSR w 1961 g. — Prawda vom 26. 1. 1963.

### Die Viehwirtschaft

In der Viehwirtschaft sind die Fortschritte in den letzten zehn Jahren ebenfalls unverkennbar, doch zeigt ein Vergleich des heutigen Viehbestandes mit dem von 1916 — bezogen auf die jeweilige Einwohnerzahl — das ganze Ausmaß des Schadens, den die sowjetische Viehwirtschaft durch die rigorose Kollektivierung und die späteren Kriegsverluste erlitten hat. Bis heute konnte der Viehbestand je Einwohner nur bei Schweinen auf etwa das Doppelte von 1916 erhöht werden, bei allen anderen Tierarten lag er 1962 etwa auf dem Niveau von 1916, teilweise sogar noch darunter.

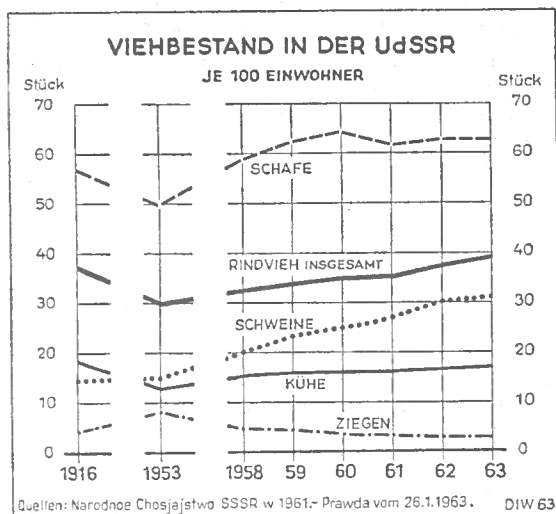
Bemerkenswert ist auch in der Viehwirtschaft der starke private Anteil. So befanden sich im Jahre 1962 noch 45 vH der Milchkühe, rund 30 vH

der Schweine und etwa 75 vH des Geflügels in privatem Besitz.

Daß die Produktion tierischer Erzeugnisse bei dem raschen Wachstum der Bevölkerung und der fortschreitenden Verstädterung unzureichend ist, wird von der Sowjetregierung offen zugegeben. 1957 versprach Chruschtschow, daß es der sowjetischen Landwirtschaft gelingen werde, bis 1961 die amerikanische Produktion an Fleisch zu überholen<sup>1)</sup>. Tatsächlich betrug im Jahre 1961 die sowjetische Fleischerzeugung dann 8,8 Mill. t, also 38 kg je Einwohner, in den USA dagegen 92 kg; im Jahre 1962 stieg die sowjetische Produktion auf 9,4 Mill. t, so daß für jeden Einwohner durchschnittlich 42 kg Fleisch zur Verfügung standen.

<sup>1)</sup> Prawda vom 24. 5. 1957.

Wenn das Plansoll für 1963 in Höhe von 14 Mill. t erreicht werden soll, müßte die Fleischerzeugung binnen eines Jahres um 48 vH erhöht werden; diese Steigerung ist schon nicht annähernd zu realisieren in Anbetracht der immer noch mangelhaften Futtermittelproduktion.



### Zur weiteren Entwicklung

Die trotz aller Fortschritte auch heute noch unbefriedigenden Ergebnisse der Agrarwirtschaft zwingen die sowjetische Wirtschaftsführung, ihre Agrarpolitik immer neu zu durchdenken; dies führte in den letzten Jahren zu einer permanenten Umgestaltung der Agrarverwaltung. Bei aller Einsicht in die Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen Situation hält die Regierung dabei an den Grundprinzipien der sowjetischen Landwirtschaftspolitik fest. Sie geht von der Überzeugung aus, daß die agrarische Produktion sich ebenso planen läßt wie die industrielle, daß der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen und die kollektive Produktionsweise der individuellen vorzuziehen ist. Fortschritte in der Agrarproduktion verspricht sich die Sowjetregierung außer von wachsenden landwirtschaftlichen Investitionen vor allem von einer erneuten Umstellung der Agrarverwaltung. Mit den sogenannten „Produktionsverwaltungen für Sowchose und Kolchose“ wurde eine neue Behörde neben den bestehenden Abteilungen der örtlichen Sowjets geschaffen. Auf Grund eines Beschlusses vom November 1962 übernahmen die Parteikomitees die Kompetenzen der örtlichen Sowjets, so daß die kommunistische Partei einen umfangreichen Verwaltungsapparat aufstellen mußte, beginnend mit den unteren Parteinstanzen und endend mit dem Büro des

ZK für Agrarfragen. Darüber hinaus wurden noch „gemischte parteistaatliche Kontrollorgane“ mit besonderen Vollmachten geschaffen. Die Produktionsverwaltungen für Sowchose und Kolchose sollen keine allgemeinen Direktiven, sondern nur praktische und organisatorische Anweisungen an die Betriebe erteilen, während die Parteinstanzen mehr einen ideologischen Beitrag zur Verbesserung des Arbeitsklimas und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität liefern sollen. Den neuen „parteistaatlichen“ Organen stehen lediglich Kontrollfunktionen zu, die jedoch so allgemein umrissen sind, daß die Gefahr ernster Kompetenzstreitigkeiten nicht von der Hand zu weisen ist. Es ist fraglich, welche Rolle die eigentlichen Leiter der Sowchose und Kolchose künftig bei der Planung und Durchführung ihrer Aufgaben spielen und ob die neuen bürokratischen Instanzen letztlich nicht eine weitere Belastung für die Agrarproduktion bringen werden.

Eine Steigerung der sowjetischen Agrarerzeugung ist heute nicht mehr wie bisher vorwiegend durch die Erweiterung der Anbaufläche zu erreichen. Die noch vorhandenen (mehr oder weniger) anbauwürdigen freien Ländereien umfassen nur noch rund ein Dutzend Millionen Hektar mäßigen, meist wasserarmen Bodens. So ist eine Erhöhung der sowjetischen Agrarerzeugung in Zukunft vor allem durch eine intensivere Bearbeitung der bereits genutzten Anbaufläche möglich. In diese Richtung weist auch der vor kurzem von Chruschtschow an das ZK gemachte Vorschlag<sup>2)</sup>, die Produktionsrichtung in den drei baltischen Unionsrepubliken sowie Weißrußlands und der nordwestlichen Gebiete der RSFSR zu ändern. Chruschtschow empfahl, das entsprechende landwirtschaftliche Areal auf Vieh- und Geflügelzucht umzustellen und den Anbau von Futtermitteln und Hackfrüchten zu fördern. In der Tat lassen entsprechende Anstrengungen im europäischen Teil der Sowjetunion viel schneller eine kostengünstige Mehrererzeugung erhoffen, als in teilweise erosionsanfälligen und von Staubstürmen heimgesuchten Neulandgebieten Sibiriens und Mittelasiens. In welchem Tempo die von Chruschtschow beabsichtigte Umschaltung gelingt, ist jedoch nicht nur von der Zweckmäßigkeit der vorstehend geschilderten Reformen und Umorganisationen abhängig. Entscheidend ist die rechtzeitige und reibungslose Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, Ersatzteilen und Kunstdünger sowie die weitere Förderung der materiellen Anreize für die Bauern.

<sup>2)</sup> Prawda vom 18. 3. 1963.

Gegenstand	Einheit <sup>1)</sup>		1962												1963		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>Ver. St. v. Amerika</b>																	
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	V <sup>15)</sup>	.	.	545,0	.	.	552,0	.	.	555,3	.	.	563,5	.	.	572,0
Privater Verbrauch	"	" <sup>15)</sup>	.	.	350,2	.	.	352,9	.	.	358,2	.	.	363,5	.	.	369,0
Bruttoinvestition, privat	"	" <sup>15)</sup>	.	.	79,6	.	.	81,1	.	.	78,8	.	.	79,4	.	.	79,2
einschl. Außenbeitrag	"	" <sup>15)</sup>	.	.	115,2	.	.	116,0	.	.	118,2	.	.	120,7	.	.	123,8
Öffentlicher Bedarf	"	" <sup>15)</sup>	.	.	115,2	.	.	116,0	.	.	118,2	.	.	120,7	.	.	123,8
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	1000	E	65058	65789	66316	66824	68203	69539	69564	69762	68668	68893	67981	67561	65935	66358	67148
Arbeitslose	"	E	4663	4543	4382	3946	3719	4463	4018	3932	3512	3294	3801	3817	4672	4918	4501
Ind. Produktion <sup>2)</sup>	1957/59 = 100	D	114,3	116,0	117,0	117,7	118,4	118,6	119,3	119,7	119,8	119,2	119,6	119,1	118,9	119,4	120,4
Lagerhaltung verarb. Ind. <sup>3)</sup>	Mrd. \$	E	55,73	56,18	56,57	56,69	56,81	56,91	57,00	56,97	57,19	57,27	57,19	57,40	57,48	57,69	57,84
Außenh., Generaleinfuhr	Mill. \$	S	1327	1315	1339	1364	1386	1342	1362	1364	1476	1319	1432	1372	1093	1493	.
Generalausfuhr	"	S	1655	1812	1674	1803	1782	1838	1729	1687	1943	1493	1695	1839	982	2131	.
Goldbestand	"	E	16815	16790	16608	16495	16434	16435	16147	16098	16067	15978	15977	15978	15928	15878	15878
Konsumkredite <sup>16)</sup>	"	S	43265	43074	43211	43837	44495	45208	46650	46204	46310	46722	47274	48243	48130	48025	.
Emissionen <sup>4)</sup>	"	E	3506	2537	1877	4075	2149	2422	1663	4056	1568	2150	1821	2149	2692	.	.
Aktienkurse (500 Aktien) <sup>5)</sup>	1941/43 = 10	D	69,07	70,22	70,29	68,05	62,99	55,63	56,97	58,52	58,00	56,17	60,04	62,64	65,06	65,92	65,67
Rendite öff. Anleihen	%	S	4,08	4,09	4,01	3,89	3,88	3,90	4,02	3,97	3,94	3,89	3,87	3,87	3,88	3,92	3,93
Staatsentnahmen	Mill. \$	S	5959	9773	12354	8153	10658	13346	4540	9445	11414	4068	8583	9553	6285	10997	.
Staatsausgaben	"	S	7395	6858	7749	7289	7229	7983	7252	8541	7327	8524	8070	7572	8013	6763	.
Großhandelspreise <sup>6)</sup>	1957/59 = 100	D	100,8	100,7	100,7	100,4	100,2	100,0	100,4	100,5	101,2	100,6	100,7	100,4	100,5	100,2	99,9
Lebenshaltungskosten <sup>7)</sup>	"	M	104,5	104,8	105,0	105,2	105,2	105,3	105,5	105,5	106,1	106,0	106,0	106,0	106,0	106,0	106,2
<b>Großbritannien</b>																	
Bruttosozialprodukt	Mill. £	V	.	.	585,2	.	.	622,4	.	.	614,9	.	.	629,3	.	.	629,3
Privater Verbrauch	"	"	.	.	425,2	.	.	462,7	.	.	465,6	.	.	483,5	.	.	483,5
Bruttoinvestition	"	"	.	.	114,6	.	.	120,0	.	.	112,1	.	.	109,6	.	.	109,6
einschl. Außenbeitrag	"	"	.	.	122,8	.	.	120,9	.	.	121,1	.	.	121,3	.	.	121,3
Öffentlicher Verbrauch	"	"	.	.	122,8	.	.	120,9	.	.	121,1	.	.	121,3	.	.	121,3
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	1000	E	23894	23889	23844	23877	23957	23995	24044	24069	24049	24017	24087	24044	23737	23618	.
Registrierte Arbeitslose	"	E	461,0	453,8	441,8	438,8	423,8	397,2	400,4	464,4	465,1	501,4	544,7	566,2	815,1	878,4	702,1
Ind. Produktion <sup>2)</sup>	1958 = 100	D	111	118	121	114	120	117	109	100	120	121	121	110	106	114	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. £	S	390,1	322,1	374,8	334,9	396,0	356,5	374,9	371,6	332,9	398,1	370,4	332,8	387,3	340,5	376,5
Spezialausfuhr	"	S	311,5	298,2	322,4	327,3	337,6	317,0	327,8	289,8	284,9	346,7	315,8	314,3	320,0	314,1	363,5
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	3410	3424	3452	3472	3525	3433	2915	2848	2792	2822	2884	2806	2864	2797	2814
Emissionen <sup>3)</sup>	Mill. £	E	40,4	22,6	48,4	49,4	26,3	80,3	127,1	53,3	43,5	53,0	44,7	41,0	50,4	38,1	60,0
Aktienkurse (Fin. Times)	1935 = 100	D	305,5	302,6	295,8	300,9	293,7	264,9	264,6	275,7	274,6	274,6	289,2	287,0	288,4	294,3	304,0
Rendite öff. Anleihen	%	S	6,52	6,27	6,21	6,19	6,15	6,19	5,98	5,86	5,61	5,63	5,73	5,61	5,67	5,85	5,89
Staatsentnahmen	Mill. £	S	620,8	927,7	884,0	316,6	481,8	503,5	415,1	510,7	513,9	380,8	517,3	520,8	825,2	938,3	869,9
Staatsausgaben	"	S	431,0	500,7	787,1	445,3	455,1	609,0	461,0	498,7	602,3	425,0	418,1	787,9	397,0	460,5	840,6
Großhandelspreise	"	S	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
industrieller Güter <sup>10)</sup>	1954 = 100	D	117,8	118,1	118,3	118,2	118,3	118,5	118,7	118,8	119,0	119,1	119,1	119,3	119,4	119,4	119,4
Lebenshaltungskosten <sup>11)</sup>	16. 1. 1962 = 100	"	100,0	100,1	100,5	101,9	102,2	102,9	102,5	101,6	101,5	101,4	101,8	102,3	102,7	103,6	103,7
<b>Frankreich</b>																	
Arbeitslose	1000	E	122,1	118,8	110,9	100,2	90,0	82,5	86,5	110,1	84,7	93,5	101,4	106,2	120,1	126,1	113,4
Ind. Produktion	1959 = 100	D	122,3	125	126	126	128	126	113	86	122	129	133	131	128	128	128
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. NF	S	3428	2940	3238	2976	3263	3093	2977	2633	2818	3120	3316	3344	3236	2994	.
Spezialausfuhr	"	S	2976	3003	3337	2934	3020	3032	3069	2364	2704	3542	3257	3062	2978	3016	.
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	2992	3057	3221	3318	3492	3484	3332	3414	3530	3616	3719	3610	3744	3889	3998
Aktienkurse (124 Ind.-Akt.)	31. 12. 58 = 100	D	96,7	107,1	112,4	112,5	102,5	97,0	100,2	99,3	100,9	94,9	100,5	97,3	95,3	92,2	92,5
Rendite öff. Anleihen	%	S	4,94	5,02	5,13	5,15	5,15	5,07	5,10	4,91	4,97	5,01	4,98	4,87	4,87	5,03	.
Großhandelspreise (319 W.)	1949 = 100	"	187,1	187,2	188,3	187,0	193,2	186,9	184,7	186,6	186,9	189,4	192,8	193,9	193,6	192,4	.
Lebenshaltungskosten <sup>12)</sup>	1. 7. 56-30. 6. 57 = 100	"	139,2	139,0	139,7	139,8	140,6	141,1	141,8	141,5	142,0	142,6	143,9	144,7	146,6	146,8	146,8
<b>Italien</b>																	
Arbeitslose	1000	E	901	.	.	605	.	.	467	.	.	533	.	.	.	.	.
Ind. Produktion	1953 = 100	D	219,3	210,6	230,9	213,8	233,2	210,8	180,2	222,7	241,0	238,8	229,4	235,2	214,7	.	.
Außenhandel, Einfuhr	Mrd. Lire	S	275	300	325	297	322	289	350	279	308	337	350	344	339	.	.
Ausfuhr	"	S	202	238	260	227	250	239	264	218	240	260	262	256	243	.	.
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	3408	3323	3279	3274	3204	3239	3152	3230	3252	3282	3381	3441	3313	3319	3326
Aktienkurse	1958 = 100	E	242	241	244	235	237	220	217	218	209	191	202	217	208	193	189
Rendite öff. Anleihen	%	E	5,05	5,06	5,08	5,07	5,19	5,55	5,29	5,37	5,42	5,47	5,34	5,23	.	.	.
Großhandelspreise	1953 = 100	D	100,0	100,6	101,4	101,7	101,9	102,0	101,6	101,8	102,3	103,2	103,4	104,5	105,5	106,4	106,2
Lebenshaltungskosten	"	"	120,1	120,8	121,5	122,5	122,5	122,9	123,4	123,8	124,2	124,7	125,5	127,4	128,8	130,6	131,0
<b>Niederlande</b>																	
Arbeitslose	1000	E	56,4	52,0	43,1	36,6	30,6	29,0	34,6	34,8	35,6	37,1	42,6	57,5	67,4	65,9	48,0
Ind. Produktion, arbeitstäg.	1953 = 100	D	166	169	164	163	166	165	163	163	164	171	169	163	167	170	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	1731	1514	1745	1460	1721	1592	1661	1628	1414	1684	1704	1504	1706	1577	.
Spezialausfuhr	"	S	1314	1234	1494	1241	1369	1434	1288	1266	1478	1674	1434	1370	1268	1312	.
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1724	1726	1745	1754	1786	1795	1866	1775	1781	1771	1745	1743	1739	1736	1750
Emissionen <sup>13)</sup>	Mill. hfl.	S	95,6	6,3	383,0	13,0	99,8	836,1	167,5	47,4	5,7	75,2	238,1	36,5	102,9	104,0	330,4
Aktienkurse	1953 = 100	D	405	420	424	403	368	328	345	343	338	318	332	345	356	362	358
Rendite öff. Anleihen	%	S	3,97	3,94	4,05	4,17	4,25	4,39	4,49	4,35	4,19	4,29	4,24	4,19	4,18	4,37	4,11
Großhandelspreise	1948 = 100	D	138	138	139	141	142	142	140	137	136	137	138	139	141		